



Rede von  
Ministerpräsident Winfried Kretschmann

anlässlich der

**Verleihung der Großen Staufermedaille in Gold  
an Bundeskanzlerin a.D. Dr. Angela Merkel**

am 9. Dezember 2025

im Neuen Schloss in Stuttgart

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
herzlich willkommen hier im Marmorsaal des Neuen  
Schlosses, der guten Stube unseres Landes,

zur Überreichung der Großen Staufermedaille in Gold an  
unsere ehemalige Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel.

Ich begrüße die Mitglieder des Landtags recht herzlich,  
stellvertretend für alle den Fraktionsvorsitzenden Manuel  
Hagel, die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Nese  
Erikli und Thomas Poreski.

Ich begrüße die zahlreich anwesenden Ministerinnen und  
Minister des Kabinetts,  
stellvertretend für alle Minister Thomas Strobl.

Ein herzliches Willkommen an alle Repräsentanten des  
öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, der Kirchen, des  
Gesundheitswesens,  
ich darf stellvertretend für alle herzlich begrüßen  
Steffen Jäger, Präsident des Gemeindetages,  
die Landesbischöfin Prof. Dr. Heike Springhart,  
Bischof Dr. Klaus Krämer,  
Weihbischof Dr. Gebhard Fürst.

Und vor allem heiße ich Sie, liebe Frau Dr. Merkel, recht  
herzlich willkommen.

Vor etwas über sechs Jahren verbreitete sich von China aus ein neuartiges Virus innerhalb weniger Wochen über den ganzen Erdball.

Die Bilder der Corona-Pandemie –

- überfüllte Kliniken,
- lange Schlangen von Rettungsfahrzeugen,
- Kühllaster, in denen Leichen gelagert wurden,
- Militär-LKWs, die Särge zu Krematorien brachten

– sie haben sich in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt.

Zu Beginn wussten wir fast nichts über den Erreger:

- Wie er wirkt.
- Wie er sich verbreitet.
- Und was gegen ihn hilft.

Dann wurde klar:

- Das Virus ist hochansteckend.
- Es verbreitet sich über die Luft.
- Es ist lebensgefährlich, vor allem für Ältere und Kranke.
- Und es gibt weder Heilmittel noch Impfstoff.

Dass die Pandemie in einer großen Katastrophe enden würde, wenn wir keine Gegenmaßnahmen ergreifen, war ein realistisches Szenario.

Es gibt eine Episode, die zeigt, wie groß die Sorgen waren.

Von unseren Nachbarn aus dem Elsass wurden wir gebeten, schwer an Covid erkrankte Menschen in unsere Krankenhäuser aufzunehmen. Die Kliniken dort waren hoffnungslos überfüllt.

Fast alle haben mir geraten, das nicht zu tun. Falls die Plätze für die Erkrankten aus unserem Land nicht ausreichen, könnte ich in eine prekäre politische Lage geraten.

Wir haben die Bitte dennoch erfüllt. Aber wahr ist auch: Im Rückblick hätten wir noch mehr Plätze stellen können. Dass ich nicht den Mut dazu aufgebracht habe, beschäftigt mich bis heute.

Diese Geschichte zeigt, wie groß die Angst und die Bedrohung damals waren. Und in was für einer Ausnahmesituation wir uns als Gesellschaft, aber auch als politisch Verantwortliche befanden.

Eine Ausnahmesituation, der wir nur mit tiefgreifenden Eingriffen beikommen konnten:

- Abstand halten,
- Schutzmasken tragen
- Kontakte reduzieren,
- bis hin zur Ausgangssperre.

Als dann endlich Impfstoffe verfügbar wurden – übrigens eine große Leistung von Wissenschaft und Unternehmen – konnten wir Hoffnung schöpfen.

Und schließlich – nach über zwei Jahren – wurde das Virus endemisch – aufgrund von millionenfachen Impfungen und Ansteckungen. Mit anderen Worten: Wir hatten die Pandemie besiegt.

Trotzdem will ich festhalten:

- Corona hat unser aller Leben radikal und für lange Zeit auf den Kopf gestellt.
- Fast 190.000 Menschen sind an oder mit Corona gestorben.
- Hunderttausende litten oder leiden bis heute an Long Covid.

Dennoch können wir heute sagen:

- Deutschland ist alles in allem besser durch die Krise gekommen als die meisten anderen Länder.

Hätten wir damals länger mit den Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus gewartet, würden wir nach Einschätzung des Virologen Prof. Christian Drosten rund 60.000 Todesopfer zusätzlich beklagen.

Die medizinische Katastrophe, die zwischenzeitlich drohte – sie blieb aus.

Und mehr noch:

- Unsere Institutionen und unser Gemeinwesen waren handlungsfähig.
- Sie haben unzählige neue Aufgaben angepackt und bewältigt –
- von der Testung bis zur Impfung,
- von der Aufrechterhaltung der Gesundheitsversorgung unter schwierigsten Bedingungen bis zur Unterstützung der Wirtschaft.

Das kommt in der Rückschau auf die Pandemie oft zu kurz.

Ich finde aber, diese Leistung ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Dazu haben viele Institutionen und viele Menschen im Beruf und im Ehrenamt ihren Beitrag geleistet. Viele haben wir bereits gewürdigt und geehrt.

Heute möchte ich Ihren Einsatz in der Pandemie würdigen:

Nämlich ihre entschlossene, umsichtige und klare Führung als Bundeskanzlerin in dieser Krise, liebe Frau Merkel.

Sie haben geführt, indem Sie immer klar und stringent argumentiert haben.

- Beharrlich,
- unaufgeregt im Ton
- und immer auf der Höhe der Erkenntnisse.

Etwas zugespitzt gesagt:

- Sie haben als Naturwissenschaftlerin gedacht –
- und als politisch Verantwortliche gehandelt.

Sie hatten ein klares Verständnis davon, was Exponentialität bedeutet.

Das hört sich erstmal trivial an, war aber in der Pandemie absolut entscheidend. Denn für Exponentialität besitzen wir keine natürliche Wahrnehmung.

Dennoch ist es entscheidend, bereits dann harte Maßnahmen zu ergreifen, wenn sich die exponentielle Kurve noch gar nicht richtig in der Steigung befindet.

Sie wussten stets: Mit dem Virus kann man nicht verhandeln, man kann mit ihm keine Kompromisse schließen.

Die Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit, die wir in der Politik oft vornehmen müssen, sie stellt sich hier völlig anders dar als sonst.

Wenn wir uns trotz einer terroristischen Bedrohung nicht für totale Überwachung entscheiden, dann ist das auch ein Akt der Selbstbehauptung.

Der Selbstbehauptung der Freiheit gegenüber jenen, die genau diese Freiheit zerstören wollen.

Doch ein Virus hat keine politischen Ziele. Es kennt so etwas wie Freiheit nicht.

Es will nur eines: neue Wirte finden.

Und damit ist die Alternative nicht Freiheit oder Sicherheit. Sondern: Entweder wir drängen das Virus zurück, oder es breitet sich aus.

Gleichzeitig ist unsere Gesellschaft kein Labor. Betritt man die politische Bühne, zählen nicht allein die Wissenschaft oder die Logik. Es gibt Interessen, Widerstände, Widersprüche und unterschiedliche Meinungen.

Das gilt für uns alle, und das gilt daher auch für die Ministerpräsidentenkonferenz – davon durften Sie sich in dieser Phase auch immer wieder mal überzeugen.

Dieses Gremium, das unser Grundgesetz gar nicht vorsieht, wurde während der Pandemie zum wichtigsten Ort für Entscheidungen – obwohl es paradoxerweise gar keine Entscheidungen treffen kann.

Die Beschlüsse mussten wir Länder dann möglichst rechtssicher in Verordnungen gießen. Und zwar innerhalb kürzester Zeit.

Mein großer Dank gilt hier dem damaligen Chef der Staatskanzlei Florian Stegmann und Gesundheitsminister Manne Lucha mit dem damaligen Amtschef Uwe Lahl.

Sie haben gemeinsam mit den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen in der Landesverwaltung dafür gesorgt, dass die Beschlüsse rasch und wirkungsvoll umgesetzt wurden. Für alle Beteiligten bedeutete das: Arbeiten am Limit und weit darüber hinaus.

Und auch die Kommunen leisteten wertvolle Arbeit, gerade bei der Durchführung von Tests und Impfungen. Durch dieses Zusammenwirken konnten wir immer auf Höhe der Lage bleiben.

Das war entscheidend. Denn die Seuchenbekämpfung ist Aufgabe der Länder, was vielen Menschen nicht bewusst war.

Aber es gibt nun mal keine baden-württembergische, bayerische oder sächsische Pandemie.

Pandemien sind per Definition ein globales Ereignis. Und deshalb war es geboten, die Bekämpfung der Pandemie bundesweit zu koordinieren.

Liebe Frau Merkel,

bei den – sage und schreibe – 34 realen und digitalen Zusammenkünften der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit Ihnen waren es oft Ihre Argumente und Ihre Überzeugungskraft, die nach langen zeit- und kraftraubenden Sitzungen den nötigen Konsens möglich gemacht haben.

16 Regierungschefs, denen es bekanntlich nicht an Selbstbewusstsein fehlt, auf eine Linie zu bringen, das ist ein Musterbeispiel für Führung in der Krise. Denn so etwas wie Richtlinienkompetenz gibt es dort nicht.

Dennoch ist es immer wieder gelungen, einen Konsens herzustellen.

- Über die Maßnahmen zur Reduzierung von Kontakten.
- Über die Schließung und Öffnung von Geschäften.

- Über die Durchführung der Impfkampagne und der Tests.
- Und über die Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der medizinischen Versorgung.

Das war nicht immer alles widerspruchsfrei. Doch das konnte es auch gar nicht sein.

Denn mit fortschreitender Pandemie wuchsen nicht nur die Interessengegensätze, auch das Virus mutierte beständig. Sie waren dennoch immer Herrin der Lage und haben die Konflikte weitsichtig moderiert und geschlichtet.

Mit dem Ergebnis, dass die Mehrheit im Land sich hinter die Beschlüsse der MPK gestellt und sich daran gehalten hat.

Sie vertraute Ihnen, und sie vertraute auch den anderen politischen Entscheidern. Was in einer solchen Situation ja gar nicht selbstverständlich ist.

Dass dem so war, hatte maßgeblich mit ihrer Kommunikation zu tun.

Ihre unaufgeregte, klare Ansprache hat viel dazu beigetragen, dass die meisten Menschen den politisch Verantwortlichen folgten – besonders zu Beginn der Pandemie.

*„Es ist ernst. Nehmen Sie es auch ernst.“* – das war einer ihrer Kernsätze, bei der Fernsehansprache am 18. März 2020.

Aber Sie konnten nicht nur klar benennen, was zu tun ist. Sondern auch warum: Nämlich durch möglichst wenige Kontakte die Verbreitung des Virus solange zu verzögern, bis ein Impfstoff oder ein Medikament verfügbar ist. Und so die Ansteckungsraten bis zu diesem Zeitpunkt möglichst gering zu halten.

- Das war einleuchtend.
- Es zeigte, warum das Handeln jedes Einzelnen höchst relevant war.
- Und schaffte dadurch das Vertrauen für die notwendigen Maßnahmen.

Klare Kommunikation, Detailkenntnis, Führungsstärke und Vertrauen – damit führten Sie unser Land gut durch die Krise.

Übrigens nicht nur mit Blick auf die medizinischen Folgen. Auch die Wirtschaft und die Unternehmen kamen vergleichsweise glimpflich davon.

Und Sie scheuten sich auch nicht, Entscheidungen zu revidieren.

Die Osterruhe, die rund um Ostern 2021 geplant war, haben sie zurückgenommen, weil damit zu viele unlösbare

Probleme verbunden waren. Und Sie haben sich dafür entschuldigt.

Das alles, liebe Frau Merkel, war Leadership im besten Sinne.

Das war gelebte demokratische Autorität.

Demokratische Autorität beruht auf Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft und ist das Gegenteil von autoritär.

So folgte eine große Mehrheit über eine sehr lange Zeit den Entscheidungen. Und darauf kommt es in einer Pandemie an.

Liebe Frau Merkel,

auch Sie werden wahrscheinlich immer wieder gefragt, wie wir alle: Was können wir aus der Corona-Pandemie lernen, um uns besser auf spätere Gesundheitskrisen vorzubereiten?

Ich glaube, so viele konkrete Schritte bleiben da gar nicht. Sollte es wieder eine Pandemie geben, dürfte sie völlig anders verlaufen als die letzte.

Anderer Erreger, andere Verbreitungswege, andere Symptome, anderer Verlauf... Das braucht dann auch andere Maßnahmen.

Trotzdem:

- Mehr Schutzausrüstung vorhalten,
- die Produktion von wichtigen Arzneimitteln in Europa sichern
- und die Forschung weiter stärken –

das sind auf jeden Fall richtige Schritte.

Genauso wie das Ziel der Resilienz, dieser Begriff ist durch die Corona-Krise zu einem neuen Begriff im politischen Handeln geworden ist und hilft nun auch auf anderen Feldern.

Daneben sollten wir uns auch Ihre ganz besondere Art der Führung während der Pandemie merken. Denn ich bin überzeugt: Sie kann uns als Blaupause dienen.

Auch etwas weiteres können wir aus der Pandemie lernen, nämlich über Entscheidungen in Krisen.

Auf welcher Grundlage diese Entscheidungen getroffen werden. Präziser: getroffen werden müssen.

Natürlich sollten politische Entscheidungen immer auf der Basis der aktuellen Faktenlage getroffen werden. Vor allem, wenn es um das Leben und die Gesundheit von Menschen geht.

Ich habe es ja bereits erwähnt, dass Sie immer auf der Höhe der aktuellen Erkenntnisse gehandelt haben. Dafür standen Sie in regelmäßigem und breitem Austausch mit Wissenschaftlern verschiedenster Fachrichtungen.

Ihre Regierung – bei meiner Landesregierung war das nicht anders – hat sich immer umfassend beraten lassen, bevor sie gehandelt hat.

Das klingt jetzt so, als wäre das nichts Besonderes.

Ich will das an dieser Stelle aber noch einmal ausdrücklich betonen, weil wir ja immer wieder hören, wir hätten leichtfertig mit der Freiheit der Menschen gespielt.

Dem ist nicht so.

Es gab Beratungen bis in die Details hinein, zu allen Facetten der Pandemie. Und intensive Diskussionen über die Frage, welche Einschränkungen zu rechtfertigen sind und welche nicht.

Und dabei habe ich ein ums andere Mal erlebt: Leicht haben Sie es sich dabei – wie wir auch – nie gemacht, im Gegenteil, alles wurde intensiv abgewogen.

Das führt uns direkt zu einem zweiten Fehltritt, das sich hartnäckig hält:

Nämlich, dass wissenschaftliche Erkenntnisse 1:1 in politisches Handeln übersetzt werden können.  
Oder zugespitzt: Dass die Wissenschaft während der Pandemie die Zügel in der Hand hielt.

Dem war nicht so, auch wenn die Wissenschaft während der Pandemie eine sehr wichtige Rolle gespielt hat:

- Sie hat das Virus und seine Verbreitungswege entschlüsselt,
- sie hat Tests erfunden,
- sie hat einen Impfstoff entwickelt.

Und nur auf wissenschaftlicher Grundlage war ein Handeln möglich, das uns Schritt für Schritt aus der Pandemie herausgeführt hat.

Allerdings waren auch die Erkenntnisse der Wissenschaft selbst oft fragmentarisch – schon deshalb, weil das Virus rasch mutierte.

Die Wissenschaft kann der Politik die Entscheidungen also nicht abnehmen.

Sie hat eine Zuständigkeit und sehr viel Übung im langsamen, mühsamen Prozess der Erkenntnis.

Sie hat aber keine Zuständigkeit und kaum Übung mit dem ebenso mühsamen und schwierigen Prozess des Fällens und Durchsetzens von Entscheidungen.

Beides unterscheidet sich fundamental voneinander. Denn im Bereich der menschlichen Angelegenheit gibt es keine absoluten Wahrheiten.

Die Entscheidungen in der Pandemie mussten wir als politisch Verantwortliche also selbst treffen. Und wir können nur so entscheiden, wie es uns richtig dünkt.

Wie es uns richtig dünkt.

Mit den Entscheidungen zu warten, bis man mehr weiß und eine bessere Grundlage hat – das ist gerade in einer Pandemie nicht möglich.

Man kann nicht abwarten, während das Virus verbreitet. Man muss hier und jetzt handeln, nicht irgendwann. Und in der Krise gilt das erst recht.

Freilich nach intensiver Beratung, dazu darf ich aus der Rede des Perikles von vor 2500 Jahren zitieren, die Heraklit uns überliefert hat. Das ist eine Rede im Peloponnesischen Krieg, wo er den Bürgerinnen und Bürger Athens deutlich macht, dass das Opfer ihrer gefallenen Brüder, Väter und Söhne nicht umsonst war.

*„Nur wir entscheiden in den Staatsgeschäften selber oder denken sie doch richtig durch. Denn wir sehen nicht im Wort eine Gefahr fürs Tun, wohl aber darin, sich durch Reden nicht zuerst zu belehren, ehe man zur nötigen Tat*

*schreitet. Denn auch darin sind wir wohl besonders, dass wir am meisten wagen und doch auch, was wir anpacken wollen, erwägen, indes die anderen Unverstand verwegen und Vernunft bedenklich macht.“*

- Zuerst das Beraten und den Austausch mit Experten.
- Und dann das entschlossene Handeln, ohne weiter zu rasonieren.
- Und das bedeutet: Handeln ins Ungewisse hinein.

Sich eben nicht – wie Shakespeares Hamlet – von des Gedankens Blässe zum Zaudern und Zögern verleiteten lassen, weil es noch etwas gibt, was man nicht weiß. Weil vielleicht noch ein Aspekt nicht ausreichend gewürdigt wurde.

Sondern rechtzeitig zu handeln, um Schlimmeres zu verhindern.

Ob man im Ganzen richtig gehandelt hat, darüber entscheidet dann die Geschichte.

Und mit diesem Urteil müssen wir Politiker, müssen Sie, Frau Merkel, dann leben.

Umso wichtiger sind die Kriterien, anhand derer wir uns entscheiden.

Das ist selbstredend unsere Verfassung.

Da steht ja immer wieder der Vorwurf im Raum, wir hätten die Grund- und Freiheitsrechte leichtfertig – oder gar mit einer gewissen Lust, endlich mal durchzuregieren – für die Bekämpfung der Pandemie geopfert.

Dem will ich entschieden widersprechen.

Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: Das Grundgesetz enthält nicht nur das Recht auf Freizügigkeit oder die freie Entfaltung der Persönlichkeit.

Es verpflichtet uns auch, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu achten. Und über allem thront der Schutz der Menschenwürde.

Das Recht auf Leben und die Menschenwürde schützen bedeutet jedoch, die Pandemie entschlossen zu bekämpfen.

Und dafür auch temporäre Einschränkungen anderer Grundrechte hinzunehmen.

- Denn die Freizügigkeit kann man wieder herstellen.
- Jemand wieder zum Leben erwecken kann man nicht.

Das Bundesverfassungsgericht hat wiederholt festgestellt, dass das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit

und die daraus folgende Schutzpflicht ein aktives Handeln des Staates erfordert. Es ist evident, dass dies in einer Pandemie in besonderem Maße gilt.

Zweitens: Nun kann man auf dem Standpunkt stehen, dass die bloße Existenz, das bloße Leben nicht absolut sind.

Wie Friedrich Schiller seinen Wallenstein sagen lässt: „*Das Leben ist der Güter höchstes nicht.*“

Weil eine bloße Existenz Freiheit und Würde braucht, um zum Leben zu werden.

Der Kampf um Freiheit und Würde kann sogar so weit gehen, dass wir bereit sind, unser Leben dafür zu geben.

- Wir sehen das seit fast vier Jahren in der Ukraine.
- Und bewundern die Bereitschaft der Menschen dort, ihr Leben für ihr Land und seine Souveränität, für Freiheit und Würde zu opfern.

Aber was in einem Krieg Sinn machen kann, gilt nicht bei der Bekämpfung einer Pandemie.

Denn anders als ein Angreifer im Krieg lässt sich ein Virus durch Opferbereitschaft weder zurückschlagen noch beeindrucken.

Wir haben es hier nicht mit einem Gegner aus Fleisch und Blut, mit einem vernunftbegabten Wesen zu tun, dessen

Verhalten wir durch ein Opfer verändern können. Sondern mit einem Virus, das sich eben so schnell verbreitet, wie wir es zulassen.

Tapferkeit und Heldentum sind hier nicht die entscheidenden Tugenden. Sondern Umsicht und Disziplin.

Deshalb sprachen nicht nur aus medizinischer, sondern auch aus ethischer und verfassungsrechtlicher Sicht eine Vielzahl von Argumenten für die *Strategie der Vorsicht*, die Sie vorangetrieben haben, liebe Frau Merkel. Die eben temporär harte Maßnahmen erforderte.

Liebe Frau Merkel,  
verehrte Damen und Herren,

Max Weber ermahnt uns in seinem Plädoyer für die Verantwortungsethik, die Konsequenzen unseres Handelns zu berücksichtigen und für sie einzustehen. Das gilt auch für die Konsequenzen, die man gar nicht beabsichtigt.

Es stimmt: Es gab auch schlimme Nebenfolgen unseres Handelns. Folgen, die niemand wollte, die schmerzhaft waren, die wir aber mit unserem damaligen Wissensstand auch nicht vermeiden konnten.

- Ich bedauere es zutiefst, dass Menschen in Pflegeheimen und Krankenhäusern ohne die Begleitung ihrer Angehörigen gestorben sind.

- Und ich bedauere zutiefst, dass viele gerade junge Menschen unter Einsamkeit gelitten haben.

Deshalb ist es richtig, sich das alles im Nachhinein noch einmal genau anzuschauen.

Wohlfeil ist es hingegen, diese Nebenwirkungen isoliert zu betrachten und sie als vermeintlichen Beweis herzunehmen, um die gesamte Strategie der Pandemiebekämpfung infrage zu stellen.

Manchmal habe ich den Eindruck, die Diskussion wurde von den Füßen auf den Kopf gestellt.

Wir diskutieren fast nur noch über die Nebenwirkungen der Maßnahmen. Und vergessen darüber das eigentliche Ziel: den Schutz von Menschenleben.

Dabei ist für eine Bilanz nicht der Einzelfall maßgeblich, so schmerzhaft er auch sein mag. Sondern die Gesamtbetrachtung.

Und die muss nicht nur das würdigen, was geschehen ist. Sondern eben auch das, was nicht geschehen ist: nämlich eine gesundheitliche Katastrophe.

Dass darüber eher selten gesprochen wird, liegt am sogenannten Präventionsparadox.

There ist no glory in prevention – der Satz geht auf den britischen Epidemiologen Geoffrey Rose zurück.

Dass er hier gilt, ist nicht verwunderlich, denn das Schlimmste ist eben nicht eingetreten.

Welche Folgen eine andere Herangehensweise gehabt hätte, darüber können wir nur spekulieren. Der eben genannte Christian Drosten hat uns dazu aber einen klaren Fingerzeig gegeben, den ich bereits erwähnt habe.

Was wir im Nachhinein jedoch tun können, ist, uns mit der Geschichte zu versöhnen.

- Durch Reflexion.

Und die heutige Ehrung für Sie, liebe Frau Merkel, ist eben genau das.

- Kein routinierter, äußerlicher Akt.
- Sondern das Ergebnis der Reflexion Ihres Krisenmanagements während der Corona-Pandemie.

Diese Auszeichnung ist eine Anerkennung für Ihre außerordentlichen Leistungen während dieser Zeit. Nämlich nach bestem Wissen und Gewissen Schaden vom Volk abzuwenden.

Was hat mich noch bewogen, Ihnen diese Ehrung zu erweisen?

Wir leben in einer Zeit komplexer Krisen, geopolitisch und wirtschaftlich.

Unsere Demokratie selbst ist bedroht, genauso wie unsere Lebensgrundlagen durch Klimawandel und Artensterben.

Die Zukunft ist immer ungewiss und ist zugleich immer offen. Immer kann sich Neues und Unerwartetes in ihr ereignen.

Unser Wissen aber, unser Überblick, unsere Zeit, unsere Urteilskraft, überhaupt unsere Möglichkeiten sind begrenzt.

Wir können demnach immer nur *in situ* handeln, in der Situation, in die wir gestellt sind mit unseren Möglichkeiten und mit unseren Begrenzungen.

Diese Beschränkungen und daraus folgenden Irrtümer und Fehler gehören zur *conditio humana* - wie auch unsere verantwortliche Freiheit, überhaupt entscheiden und handeln zu können.

Mit ihrer „besonnenen Entscheidungsfreude“ – so möchte ich Ihr Handeln in der Corona-Pandemie zusammenfassen – haben Sie uns gezeigt, was Führung in der Demokratie bedeutet und erfordert.

Herzlichen Dank.